

## Bernsdorf ist Vorbild im Kampf gegen Rechts

**Bernsdorf/Landkreis.** Die Stadt Bernsdorf will sich um eines von bundesweit 100 Förderprojekten bewerben, die der Bund als Nachfolge der auslaufenden Anti-Rechtsextremismus-Programme wie Civitas aufgelegt hat. Das ist das zentrale Ergebnis einer Beratung, zu der gestern Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen), Leipziger Bundestagsabgeordnete und Sprecherin für Strategien gegen den Rechtsextremismus, in die Stadt eingeladen hat. Sie reist zurzeit durch Ostdeutschland, um auf das kurzfristig aufgelegte Programm aufmerksam zu machen. In Sachsen hatte sie sich Bernsdorf ausgesucht, weil die Stadt offene Ohren für den Kampf gegen Rechtsextremismus und Strukturen wie den Spätaussiedlerverein geschaffen hat. Dafür wurde Bernsdorf gelobt. Heute sei die Stadt kein Schwerpunkt des Rechtsextremismus mehr, war sich die Runde aus Politikern, Polizei, Bürgermeister und Freien Trägern einig.

Durch das Teilnahme an dem neuen Programm könnten die Maßnahmen fortgesetzt und neue Ideen umgesetzt werden. Anderenfalls sei Bernsdorf vom Aus der über Civitas geförderten Demokratiearbeit bedroht, sagte Maren Düsberg, die für

die RAA Sachsen das Demokratie-Projekt betreut.

Da jedes der 100 mit 100 000 Euro dotierten Projekte an eine Mindestzahl von 10 000 Einwohner gebunden ist, war gestern noch unklar, wen sich Bernsdorf ins Boot holt. Im Gespräch waren die Mitglieder der Verwaltungsgemeinschaft und Oßling oder Lauta/Laubusch. Ebenso wurde der Kreis als Träger vorgeschlagen. „Den ganzen Landkreis als rechtes Notstandsgebiet dastehen zu lassen, halte ich für problematisch“, sagte Domschke ablehnend. Er bekam Widerspruch, da sich das neue Programm nicht explizit gegen Rechtsextremismus, sondern für „Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ einsetzt. Einen weiteren Einwand lieferte Benedikt Ziesch, Sozialdezernent des Kreises: Bevor nicht klar ist, ob und wie viel Geld zugeschossen werden muss, fällt keine Entscheidung. Der Vorschlag, mit Hoyerswerda gemeinsame Sache zu machen, wurde im Prinzip verworfen. „Wir sind sensibel, dass wir nicht mit bestimmten Katastrophen in einen Mund genommen werden“, sagte Domschke. Zwar ist Hoyerswerda nach Ansicht der Runde nicht mehr rechtsextremer Schwerpunkt, aber von dem 1991er Stigma belastet. (tm)



**DEMONSTRANTEN** aus dem rechtsextremen Spektrum marschierten allein in diesem Jahr dreimal durch Hoyerswerda. Auf dem Bild ist eine frühere Demonstration an der Elster aus Anlass der EU Osterweiterung zu sehen. Foto: Archiv/AW